

Antrag 508/I/2022**Heike Stock u.a.****Der Landesparteitag möge beschließen:****Raus aus russischem Gas – kein Geld mehr für Putins Kriegskasse**

1 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die damit
 2 verbundenen Gräueltaten auf Befehl des russischen Prä-
 3 sidenten sind gravierende Völkerrechts- und Menschen-
 4 rechtsverstöße und müssen sofort gestoppt werden. Dazu
 5 muss Deutschland so schnell wie möglich die russischen
 6 Energielieferungen von Steinkohle, Erdöl und Gas beenden.
 7 Gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit garanti-
 8 ert werden, ohne dabei die Energiewende durch neue
 9 fossile Infrastruktur zu konterkarieren oder Energiearmut
 10 zu begünstigen.

11
 12 Wir fordern daher den SPD-Bundesvorstand, sowie auch
 13 die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bun-
 14 destags und der Bundesregierung auf, sich ausdrücklich
 15 dafür einzusetzen, dass Deutschland so schnell wie mög-
 16 lich auf russisches Erdgas verzichtet, bevor auch Deutsch-
 17 land wie schon Polen, Bulgarien und Finnland seitens
 18 Russlands von einem Energielieferstopp getroffen wird.

19
 20 Damit die Unabhängigkeit von russischem Gas kurzfris-
 21 tig machbar wird, muss das Bundesministerium für Wirt-
 22 schaft und Klimaschutz (BMWK) nicht nur LNG (Liquefied
 23 Natural Gas)-Kontingente aus anderen Ländern vertrag-
 24 lich sichern, sondern auch verstärkt Synergien **mit exist-**
 25 **tierenden EU-ausländischen LNG-Terminals** nutzen. Sonst
 26 besteht die Gefahr eines Aufbaues kostenträchtiger natio-
 27 naler Überkapazitäten und damit fossiler Investitionsruin-
 28 en.

29
 30 Dazu müssen wir viel stärker mit unseren EU-Nachbarn
 31 eine Kooperation bezüglich der LNG-Terminalkapazitäten
 32 ausbauen. Es sind neben den LNG-Terminals in Zee-
 33 brügge, Rotterdam und Spanien u.a. auch der grenz-
 34 nahe LNG-Port im polnischen winoujcie in die LNG-
 35 Versorgungskonzeption des BMWK einzubeziehen. Zentrales
 36 Thema ist dabei der Transport in das deutsche Gas-
 37 netz, wie z.B. durch Pipeline-Anbindungen oder durch
 38 Transport auf der Schiene. Dies gilt auch für Gas aus der im
 39 Herbst fertig werdenden Baltic Pipe von Norwegen nach
 40 Niechorze-Pogorzelica.

41
 42 Wir fordern, dass die Bundesregierung sich dafür einsetzt,
 43 dass es mit Polen und der Ukraine eine gemeinsame Ener-
 44 giepolitik geben soll. Wir fordern die deutsch-polnische
 45 Regierungskommission auf, sich stärker dem Thema Ener-
 46 gie zu widmen und dafür eine eigene Arbeitsgruppe Ener-
 47 gie ins Leben zu rufen. Für die Oder-Partnerschaft der
 48 deutsch-polnischen Grenzregion fordern wir die Ausgrün-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)*****Der Landesparteitag möge beschließen:*****Raus aus russischem Gas – kein Geld mehr für Putins Kriegskasse**

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die damit verbundenen Gräueltaten auf Befehl des russischen Präsidenten sind gravierende Völkerrechts- und Menschenrechtsverstöße und müssen sofort gestoppt werden. Dazu muss Deutschland so schnell wie möglich die russischen Energielieferungen von Steinkohle, Erdöl und Gas beenden. Gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit garantiert werden, ohne dabei die Energiewende durch neue fossile Infrastruktur zu konterkarieren oder Energiearmut zu begünstigen.

Wir fordern daher den SPD-Bundesvorstand, sowie auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung auf, sich ausdrücklich dafür einzusetzen, dass Deutschland so schnell wie möglich auf russisches Erdgas verzichtet, bevor auch Deutschland wie schon Polen, Bulgarien und Finnland seitens Russlands von einem Energielieferstopp getroffen wird.

Wir fordern die Bundesregierung und die weniger von Arbeitsplatzverlust und Energieknappheit bedrohten Bundesländer auf, Solidarität mit den besonders betroffenen Regionen im Osten Deutschlands zu zeigen und diese die wirtschaftlichen und sozialen Folgen nicht alleine tragen zu lassen.

Damit die Unabhängigkeit von russischem Gas kurzfristig machbar wird, muss das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) nicht nur LNG (Liquefied Natural Gas)-Kontingente aus anderen Ländern vertraglich sichern, sondern auch verstärkt Synergien **mit existierenden EU-ausländischen LNG-Terminals** nutzen. Sonst besteht die Gefahr eines Aufbaues kostenträchtiger nationaler Überkapazitäten und damit fossiler Investitionsruinen.

Dazu müssen wir viel stärker mit unseren EU-Nachbarn eine Kooperation bezüglich der LNG-Terminalkapazitäten ausbauen. Es sind neben den LNG-Terminalkapazitäten in Zeebrügge, Rotterdam und Spanien u.a. auch der grenznahe LNG-Port im polnischen winoujcie in die LNG-Versorgungskonzeption des BMWK einzubeziehen. Zentrales Thema ist dabei der Transport in das deutsche Gasnetz, wie z.B. durch Pipeline-Anbindungen oder durch Transport auf der Schiene. Dies gilt auch für Gas aus der im Herbst fertig werdenden Baltic Pipe von Norwegen nach Niechorze-Pogorzelica.

Wir fordern, dass die Bundesregierung sich dafür einsetzt,

49 dung eines Runden Tisches Energie & Klima.
50
51 Ferner muss die Bundesregierung sicherstellen, dass die
52 in Deutschland neu zu bauenden Gas-Terminals in Sta-
53 de, Brunsbüttel und Wilhelmshaven sowie ggfs. Pipelines
54 auch zum **Import grünen Wasserstoffs** ausgerüstet wer-
55 den, um möglichst rasch komplett von Fossilimporten un-
56 abhängig zu werden. Die technischen Möglichkeiten sind
57 gegeben.

58
59 Die alternativen Gasimporte werden nur ausreichen,
60 wenn **Deutschland viel entschiedener als bisher Energie**
61 **einspart und die Energiewende vorantreibt**. Dies betrifft
62 die Energiewirtschaft, die Industrie (v. a. Prozesswärme,
63 chemische Prozesse und Lastmanagement), aber auch
64 den Gebäudesektor. Darum sind die Finanzmittel **zur en-**
65 **ergetischen Gebäudesanierung** erheblich aufzustocken,
66 um mittelfristig energieautarker zu werden. Ferner sind
67 die gesetzlichen und regulativen Maßnahmen zur Vereinfachung des **Ausbaus Erneuerbarer Energien im Strom-**
68 **und Wärmebereich** noch weitergehender als im Osterpa-
69 ket vorgesehen zu beschleunigen.

70
71
72 Vor allem für den Wärmebereich ist entscheidend wich-
73 tig, dass die Wärmeversorgung von Gebäuden möglichst
74 schnell auf erneuerbare, wo möglich leitungsgebunde-
75 ne, Versorgung umgestellt wird. Berlin zum Beispiel hat
76 hier mit seinem gut ausgebauten Fernwärmenetz und
77 den Regierungsplänen für eine Rekommunalisierung des
78 Wärmenetzes bessere Startbedingungen als viele andere
79 deutsche Großstädte.

80
81

82 **Begründung**

83 Während der Ausstieg aus russischen Kohle- und Ölimporten relativ schnell und bezahlbar machbar ist, da sie nicht leitungsgebunden geliefert werden müssen, wird russisches Gas ausschließlich durch Pipelines (z. B. Nordstream 1, Yamal) transportiert, die beim notwendigen Gas-Stopp nicht mehr nutzbar sind. Da der kurzfristige Ausbau der zum kompletten Ersetzen von Erdgas notwendigen erneuerbaren Energien innerhalb mehrerer Monate nicht machbar ist, muss die deutsche Gasversorgung auf LNG (Liquefied Natural Gas) umgestellt werden, das per Tanker aus den USA, Katar, Norwegen transportiert und in speziellen LNG-Terminals entladen und regasifiziert wird. Deutschland hat keine solchen LNG-Terminals und ist damit auf Terminals in anderen europäischen Ländern angewiesen. Deshalb hat die Bundesregierung entschieden, zwei schwimmende LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel zu bauen, die Entscheidung für ein drittes Terminal steht noch aus. Um den sehr ambitionierten Zeitplan einer Inbetriebnahme ab 2023 einzuhalten, bringt die

dass es mit Polen und der Ukraine eine gemeinsame Energiepolitik geben soll. Wir fordern die deutsch-polnische Regierungskommission auf, sich stärker dem Thema Energie zu widmen und dafür eine eigene Arbeitsgruppe Energie ins Leben zu rufen. Für die Oder-Partnerschaft der deutsch-polnischen Grenzregion fordern wir die Ausgründung eines Runden Tisches Energie & Klima.

Ferner muss die Bundesregierung sicherstellen, dass die in Deutschland neu zu bauenden Gas-Terminals in Stade, Brunsbüttel und Wilhelmshaven sowie ggfs. Pipelines auch zum **Import grünen Wasserstoffs** ausgerüstet werden, um möglichst rasch komplett von Fossilimporten unabhängig zu werden. Die technischen Möglichkeiten sind gegeben.

Die alternativen Gasimporte werden nur ausreichen, wenn **Deutschland viel entschiedener als bisher Energie einspart und die Energiewende vorantreibt**. Dies betrifft die Energiewirtschaft, die Industrie (v. a. Prozesswärme, chemische Prozesse und Lastmanagement), aber auch den Gebäudesektor. Darum sind die Finanzmittel **zur energetischen Gebäudesanierung** erheblich aufzustocken, um mittelfristig energieautarker zu werden. Ferner sind die gesetzlichen und regulativen Maßnahmen zur Vereinfachung des **Ausbaus Erneuerbarer Energien im Strom- und Wärmebereich** noch weitergehender als im Osterpaket vorgesehen zu beschleunigen.

Vor allem für den Wärmebereich ist entscheidend wichtig, dass die Wärmeversorgung von Gebäuden möglichst schnell auf erneuerbare, wo möglich leitungsgebundene, Versorgung umgestellt wird. Berlin zum Beispiel hat hier mit seinem gut ausgebauten Fernwärmenetz und den Regierungsplänen für eine Rekommunalisierung des Wärmenetzes bessere Startbedingungen als viele andere deutsche Großstädte.

102 Bundesregierung ein LNG-Beschleunigungsgesetz in den
103 Bundestag ein. Es soll Genehmigungsverfahren beschleu-
104 nigen, insbesondere durch die Umgehung der Umweltver-
105 träglichkeitsprüfung.

106 Das BMWK berücksichtigt mögliche LNG-Terminals in
107 Zeebrügge, Rotterdam sowie in Spanien, wobei nur die
108 ersten beiden Pipeline-Verbindungen in das deutsche
109 Gasnetz haben. Die Anbindung der spanischen LNG-
110 Ports an die mitteleuropäische Gasleitungsinfrastruktur
111 ist kurzfristig nicht machbar, da es erhebliche geologische
112 wie auch politische Hemmnisse gibt. Dagegen gibt es in
113 nächster Nähe einen hochmodernen LNG-Port im polni-
114 schen winoujcie, der 2016 eröffnet worden ist und jetzt
115 schon erweitert wird. Bisher findet dieses LNG-Terminal
116 der Polskie LNG S.A. beim BMWK keine Beachtung, ob-
117 wohl Deutschland auf für einen schnellen Ausstieg aus
118 dem russischen Gas auf sehr viele LNG-Ports angewiesen
119 ist.

120 Für den anstehen europäischen und deutschen Kraftakt
121 braucht es alle Akteure, gerade auch die Kommunen und
122 die Länder. Die SPD hatte bereits in der letzten Legislatur-
123 periode einen Zukunftspakt für die Energiewende vorge-
124 legt, der eine treibende Rolle kommunaler Akteure vorsah.
125 Berlin kann diesen Faden wieder aufgreifen und zu einem
126 Vorbild für die großstädtische Energiewende in Deutsch-
127 land in Zeiten von Krieg und Engpässen werden.